

Nachrichten vom Landtage.

Hundert u. acht u. neunzigste öffentliche Sitzung
der zweiten Kammer, am 27. Februar 1834.

(Fortsetzung.)

Berathung über den Bericht, die Emancipation der Juden betreffend.

(Fortsetzung der Rede des Abg. Richter aus Lengfeld.) Die Stände von Westphalen, Schlessien, Brandenburg, Vor- und Hinterpommern, Ost- und Westpreußen wünschten eine Beschränkung des Staatsbürgerrechts der Juden. Das Ergebnis ihrer Beobachtungen war: Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Gleichstellung der Juden nicht gewirkt, daß sie den verschiedenen Classen der bürgerlichen Gesellschaft sich anneigen, sie blieben, wie abgeschlossen, wuchernd und dem Landmann schädlich. — Die Stände von Neupommern und der Lausitz baten, sie bei den bisherigen Gesetzen gegen die Juden zu lassen. Die Stände der Rheinprovinzen, wo längst das französische Recht galt, baten, wenigstens die Juden zu öffentlicher Vorlegung ihres Glaubensbekenntnisses anzuhalten, und das Wuchergesetz Napoleons streng gegen sie zu handhaben; die der Provinz Posen sprachen sich nicht vortheilhaft für die Juden aus; eben so die der Provinz Sachsen, mit der Erklärung, daß das Edict von 1812 nur bezogen bei ihnen eingeführt werden — müsse, weil es in der übrigen Monarchie eingeführt wäre. Eine Menge von Vorschlägen zur Verbesserung geschahen. Ich würde Ihre Geduld ermüden, wollte ich sie alle aufzählen. Also, meine Herren, war es unserer Regierung nicht zu verargen, wenn sie nicht früher rasche Schritte unternahm, und wenn man sich auf den Standpunct der Erfahrung stellt, so wird man gewiß denjenigen den Vorwurf der Engherzigkeit und Unduldsamkeit nicht machen können, die Vorsicht in dieser wichtigen Sache dringend empfehlen. Rückschritte sind nicht mehr möglich. Ruhige Unterthanen waren die Israeliten immer, und keine Revolutionen gingen von ihnen aus, das ist wahr. Ihre Anzahl war aber auch dazu zu klein. Daß nicht aus allen Gegenden des Landes, z. B. aus dem Voigtlande, Anträge gegen sie eingegangen sind, ist leicht erklärbar, da in dieser Provinz sich keine Israeliten wesentlich aufhalten. Alles das sei bloß zu unserer Rechtfertigung gesagt. Nichts desto weniger wünsche auch ich herzlich eine Verbesserung des Zustandes der jüdischen Glaubensgenossen, jedoch nur nicht völlige Gleichstellung in den nächsten zwei Jahren. Man beabsichtigt Seiten der hohen Regierung eine Verbesserung ihres Schulwesens; ein großer und herrlicher Schritt zur Besserung. Werden einzelne verdiente Befenner des mosaischen Glaubens in volle bürgerliche Rechte eingesetzt, erleichtert man allen inländischen Israeliten die Erlernung der zünftigen und nicht zünftigen Gewerbe, erlaubt man ihnen vielleicht die Betreibung solcher Gewerbe, bei denen nicht leicht

ein Handel getrieben werden kann, läßt man sie in die Reihe unserer Krieger eintreten und gestattet ihnen dispensando, sich in Städten ansässig zu machen, arbeitet und strebt man auf alle Weise hin, sie von dem anziehenden Geschäfte des Handels abzulenken, und befreit man sie endlich von Lasten, die eine verhaßte Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft ahnen lassen, so wird es alles sein, was sie für jetzt wünschen können, und es dürfte die Erfahrung dann uns lehren, ob sie bald in alle und jede Rechte eines Staatsbürgers eintreten können. Erwarten wir ruhig das, was die hohe Regierung, am besten mit den Verhältnissen vertraut, künftig deswegen an die Stände bringen wird.

Abg. Eisenstuck: Von vielen Seiten ist heute schon der vorliegende Gegenstand beleuchtet worden, und kaum sollte man glauben, noch etwas hinzusetzen zu dürfen. Ich muß es mir aber um so mehr erlauben, weil gerade dieser Gegenstand einer von denen ist, wo ich einestheils die größte Unbefangenheit mir zutrauen, und andernteils wohl sagen darf, daß ich seit einer Reihe von vielen Jahren diesen Gegenstand mir zur fortwährenden Betrachtung gewählt habe. Ich muß im Voraus bemerken, daß man von mir nicht erwarten kann und nicht erwarten darf, daß in dieser Beziehung Privatrücksichten mich bestimmen könnten. Das kann bei mir nie der Fall sein, und die Gesetzgebung muß überall über solche Rücksichten weggehen. Meine Herren, bedenken Sie ja: der Mensch ist früher Mensch, als er Christ ist; er ist früher geboren, als getauft, die Pflichten der Menschheit waren früher, der Mensch muß Mensch sein. Die Petition der Juden um Emancipation ist in der Deputation der I. Kammer begutachtet worden, die I. Kammer hat dem Gutachten ihren Beifall geschenkt, und es hat auch unsere Deputation ihr beigepflichtet, und ich verkenne nicht, daß es aus sehr wichtigen Rücksichten geschehen, und die Humanität dabei vorzüglich ins Auge gefaßt worden ist. Dessenungeachtet aber muß ich doch auch gestehen, daß man, so scheint es mir, zu weit gehen würde, wenn man bei diesem Gegenstande sich durch die Humanität bestechen ließe, und jede Rücksicht der gesetzgebenden Klugheit auf die Seite setzte. Dieses ist allerdings der hauptsächlichste Gegenstand, den ich ins Auge gefaßt habe. —

Es war eine Zeit, wo noch gar kein Jude in Sachsen war, erst im Anfange des 18. Jahrhunderts finden wir einige wenige jüdische Familien in Dresden. Von dieser Zeit an hat sich die Zahl derselben vermehrt, und wenn früher die Frage erhoben werden konnte, ob es nicht am besten sei, die Israeliten emigrieren zu lassen, so kann diese Frage jetzt nicht mehr gestellt werden, nachdem durch den deutschen Bund die Verhältnisse sich so gestaltet haben, daß kein einzelner Bundesstaat die Auswanderung der Israeliten fordern kann. Da dieses Mittel nicht mehr ergrif-